Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 6

Rubrik: Zeichen der Zeit : der Nato-Krieg am Ende

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Der Nato-Krieg am Ende

Der Krieg, der nie erklärt wurde, ist zu Ende. Am 10. Juni hat die Nato die Luftangriffe auf Jugoslawien nach 79 Bombentagen und Bombennächten endlich eingestellt. Im Sicherheitsrat wurde im Gegenzug die Resolution 1244 verabschiedet, die der Kosovo Force (Kfor) das Mandat für die Befriedung der jugoslawischen Provinz unter «substantieller Autonomie» erteilt. Das zuständige Organ des Völkerrechts hat damit den Völkerrechtsbruch der Nato zwar nicht ungeschehen gemacht, auch nicht im juristischen Sinne «saniert», aber dennoch so grosszügig darüber hinweggesehen, dass dieses Mandat schon fast einer moralischen Rehabilitierung der Bombenangriffe auf Jugoslawien gleichkommt. Nur die Volksrepublik China hat sich im Sicherheitsrat der Stimme enthalten. Als nächstes soll ein «Stabilitätspakt für Südosteuropa» den Wiederaufbau der Wirtschaft auf dem Balkan ermöglichen.

Ende gut – alles gut? Nein, wenn wir die Opfer dieses Krieges zählen. Nein, wenn Völkerrecht und politische Ethik noch etwas gelten sollen. Nein, wenn wir an den Populismus denken, in dem die politische Rechte sich hierzulande suhlt, um auch noch aus diesem Krieg Kapital zu schlagen.

Die Opfer

Die *Nato* triumphiert. Schliesslich habe sie Milosevic gezwungen, die «ethnischen Säuberungen» in Kosovo einzustellen. Und dies erst noch mit einer Strategie, die Kriegsgeschichte machen dürfte. Zur Kapitulation genügten Bombenabwürfe auf das Hinterland des Feindes. Der Krieg kostete die Nato kein einziges Opfer. Der Einmarsch mit Bodentruppen, von selbsternannten Strateginnen und Strategen – vorzugsweise innerhalb der politischen Linken – gefordert, hat sich als unnötig erwiesen.

Triumph? Vielleicht hat Milosevic auch nur «der Nato aus der Klemme geholfen», wie der Spiegel (7.6.99) argwöhnt. Vielleicht fiel dem serbischen Regime der Entscheid dadurch leichter, dass nun russische Soldaten nach Kosovo einrücken, die nicht dem Nato-Kommando unterstehen. In der Klemme aber war das Bündnis zweifellos, als die elf Wochen dauernde Strafaktion nichts zu bewirken schien, die Liste der versehentlichen Fehlschläge auf Zivilpersonen und Wohnbezirke, gar ausländische Botschaftsgebäude, immer länger und damit die «Legitimität» dieses Krieges immer prekärer wurde.

Erleichterung allenthalben – wäre da nicht die *humanitäre Katastrophe*, die der Krieg gerade verhindern wollte. 800 000 Menschen wurden aus Kosovo vertrieben, 500 000 irren im Land umher. Die Zahl der Getöteten wird auf 100 000 geschätzt. Die zurückkehrenden Flüchtlinge stossen auf vermintes Gelände, verbrannte Erde, Massengräber. Viele mögen noch gar nicht an eine Rückkehr denken. Zu Tausenden suchen sie Zuflucht bei ihren Verwandten in Europa und natürlich auch in der Schweiz.

Und wären da nicht die *Opfer,* die der Nato-Krieg unmittelbar verursacht hat. Die Rede ist von bis zu 10 000 jugoslawischen Soldaten, die im Bombenhagel auf militärische Installationen umgekommen sind. Hinzu kommen die «Kollateralschäden» (Begleitschäden), die von den Militärs so benannt und mit dieser Benennung zugleich verharmlost werden. Sie hinterlassen 1000 Tote in der Zivilbevölkerung, zerstörte Donaubrücken, ausgebrannte Öl-

raffinerien. Damit einher geht die ökologische Katastrophe: Die verbrannten Millionen Tonnen Rohöl verdrecken die Luft, verseuchen die Böden und machen das Wasser unbenutzbar. Mit der Zerstörung der wichtigsten Industriezentren durch Nato-Jets dürfte Jugoslawiens Volkswirtschaft auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinaus ruiniert sein. Der Krieg hinterlässt eine halbe Million Arbeitslose.

Und wäre da nicht der *Hass,* der einem friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen im Wege steht. Schon heisst es, man könne doch «den Albanern» nicht zumuten, «mit ihren Schlächtern weiter zusammenzuleben» (Spiegel 5.4.99). Aber auch die andere Seite hat nicht vergessen, dass nach Titos Tod unter der albanischen Mehrheit ebenfalls eine nationalistische Ideologie grassierte, die den Kosovo von den etwa 10 Prozent Serben und Montenegrinern «säubern» wollte. Wer in dieser Region Opfer und wer Täter ist, scheint mehr eine Frage der Macht als der Moral zu sein. Noch nie aber dürfte die Eskalation des Hasses dieses Ausmass angenommen haben wie nach dem Luftkrieg der Nato. Nun ist es der serbische Teil der kosovarischen Bevölkerung, der in Angst lebt. Von der albanischen Befreiungsarmee sind erste Übergriffe bekannt geworden. Ob die UCK sich «entmilitarisieren» lässt, wie die UNO-Resolution verlangt, bleibt ungewiss.

Hass ist auch die Reaktion der *jugoslawischen Bevölkerung* gegen die Strafaktion der Nato. Diese hat nicht Milosevic getroffen, gegen den sie gedacht war, sondern die serbische Bevölkerung, die angeblich verschont bleiben sollte. Dass Europa Jugoslawien nun jede Aufbauhilfe verweigert, solange Milosevic an der Macht bleibt, entspricht ebensowenig den Absichtserklärungen der Nato. Erst hiess es, der Luftkrieg richte sich nicht gegen die Zivilbevölkerung. Und nun soll dieser auch noch die Aufbauhilfe verweigert werden.

Noch unabsehbar sind die künftigen Opfer des Nato-Krieges. Wir stehen vor einem neuen *Rüstungswettlauf,* provoziert durch die scheinbar erfolgreiche Waffentechnologie der USA. Wir werden auch in Europa eine Neuauflage der «Nachrüstung» erleben – diesmal als Aufholjagd gegenüber dem Grossen Bruder. Ärmere Länder werden ihr Heil vermehrt in Nuklearwaffen suchen, um sich gegen weitere «humanitäre Interventionen» zu wappnen. Nach dem Kriegsende sagte ein Militärexperte dem Tages-Anzeiger (11.6.99): «Ich glaube, dieser Krieg wirkt wie ein negatives Signal. Er wird den Drang nach Nuklearwaffen verstärken. Alle möglichen Despoten werden sagen: Jawohl, wir haben die Botschaft verstanden, wir müssen diese Abschreckungsmittel haben.»

Opfer sind aber auch die *sozial schwächeren Bevölkerungsteile* in den Nato-Staaten, die nun die Zeche für diesen Krieg bezahlen müssen. Der unmittelbare Schaden an der Infrastruktur Serbiens wird auf 40 Mia. geschätzt. Für die Wiederaufbauhilfe soll die EU 57 Mia. bezahlen. Für eine Friedenstruppe, die 5 Jahre im Einsatz wäre, kämen nochmals 25,5 Mia. hinzu. Der «Stabilitätspakt» verletzt zwangsläufig die «Stabilitätskriterien» der EU. Ein noch rigoroserer Sozialabbau, als ihn die «Neue Mitte» ohnehin plant, wird die Folge sein.

Vom «gerechten Krieg» zum Weltrecht

Selbst wenn es «gerechte Kriege» gäbe, was die Nato an Verwüstungen in den Menschen, an den Menschen, aber auch an ihren ökonomischen und natürlichen Lebensgrundlagen angerichtet hat, entspricht nicht einmal den *Kriterien*, die in der *moraltheologischen Tradition* des Christentums für den «gerechten Krieg» genannt werden. Als da sind: die rechte Absicht, der gerechte Grund, die Verhältnismässigkeit, die Notwendigkeit und die legitime Autorität.

Am ehesten noch dürfen wir von der *«rechten Absicht»* der beteiligten Regierungen ausgehen. Daraus wurde freilich eine «Gesinnungsethik», die kaum nach den Folgen fragte. Politiker wie der deutsche Verteidigungsminister Scharping haben Milosevic dämonisiert, gar als zweiten Hitler dargestellt, «nie wieder Auschwitz»

gerufen, um den Krieg als Kampf des Guten gegen das Böse zu begründen. All das Böse, das sonst noch auf der Welt zu bekämpfen wäre, von der Unterdrückung des kurdischen Volkes durch das türkische Regime bis zum Völkermord in Burundi, blieb ausgeblendet. Es würde die «rechte Absicht» oder die «gute Gesinnung» ohnehin überfordern.

Und wie steht es um den *«gerechten Grund»* für diesen Krieg? Gewiss darf die Völkergemeinschaft kein Regime dulden, das wie das serbische Krieg gegen Minderheiten führt und dabei die Schuld für Zehntausende von Toten und Millionen von Flüchtlingen trägt – in der Krajina, in Slawonien, in Slowenien, in Bosnien-Herzegowina und zuletzt noch in Kosovo. Nur ist die Nato nicht die Völkergemeinschaft. Und vor allem wird der «gerechte Grund» desavouiert, wenn er nur selektive Verwendung findet, z.B. nicht auch gegenüber Kroatiens Tudjman, der 200 000 Serbinnen und Serben vertrieben hat. Von all den Menschenrechtsverletzungen innerhalb der meisten Staaten dieser Erde einmal abgesehen, die «gerechte Gründe» zuhauf für «humanitäre Interventionen» liefern müssten.

Dass der Krieg der Nato *verhältnismässig* geführt werden könnte, war die grosse Fehleinschätzung seiner Strategen. Sie dachten, dass Milosevic schon nach ein paar wenigen Bombardierungen nachgeben würde. Nachdem nun aber die serbische Republik mit über 23 000 Bomben und Raketen «ins vorindustrielle Zeitalter zurückbefördert» (Spiegel 14.6.99) wurde, muss man sich füglich fragen, ob der Schaden, den der Krieg angerichtet hat, nicht grösser ist als der Schaden, den der Krieg vermeiden wollte. Unverhältnismässig war im übrigen nicht nur die Zahl, sondern auch die Art der Waffen, die eingesetzt wurden. Dass die Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson die abgeworfenen Splitterbomben als Menschenrechtsverletzungen verurteilt, ist unseren Zeitungen aber kaum eine müde Zeile wert.

Ob der Krieg *«notwendig»* war, um das Ziel zu erreichen, werden wir nie mit Gewissheit sagen können, zumal das Ziel eines befriedeten Kosovo noch in weiter Ferne sein dürfte. Das *Kriterium* der Notwendigkeit hat der Krieg nur schon deshalb nicht erfüllt, weil andere Mittel gar nicht ernsthaft geprüft wurden. Eine Schutztruppe mit russischer Beteiligung wäre auch vor Rambouillet möglich gewesen. Und wie ganz anders, phantasievoller und friedenspolitisch wirksamer hätte das Geld, das jetzt für die Zerstörung Jugoslawiens verwendet wurde, für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes und seine Integration in Europa eingesetzt werden können! Vor der «ultima ratio» der Gewalt wären auch wirtschaftliche Sanktionen denkbar gewesen. Stattdessen hat dieselbe Nato, die Jugoslawiens Ölraffinerien bombardierte, noch die längste Zeit Öllieferungen in dieses Land zugelassen...

Es gibt *keine letzte Gewissheit* über die «Gerechtigkeit» dieses Krieges, vorausgesetzt, dass es einen «gerechten Krieg» überhaupt geben kann. «Fundamentalist» ist, wer etwas anderes behauptet, sei es dass er über die absolute Wahrheit für diesen Krieg oder über die absolute Wahrheit gegen diesen Krieg zu verfügen meint. Und gerade weil es diese Gewissheit nicht gibt und nicht geben kann, braucht es eine völkerrechtlich *legitimierte Autorität,* die mit der Vollmacht der Völkergemeinschaft über militärische Sanktionen entscheidet. Und eben darum ist es kein Legalismus, wenn die Gegner des Nato-Krieges ihre ethische, politische und völkerrechtliche Kritik an der fehlenden Legitimation durch die zuständige Autorität des Völkerrechts festmachen. Wie das innerstaatliche Gewaltmonopol das Faustrecht überwunden hat, so müssen auch Sanktionen der Völkergemeinschaft rechtsstaatlichen Prinzipien entsprechen. Danach ist Gewalt nur rechtmässig, wenn sie von der zuständigen Instanz der Völkergemeinschaft autorisiert wird, um gebrochenes Recht wiederherzustellen.

Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen der Zeit, dass mit der Resolution 1244 nun doch wieder die *UNO* zum Zug kommt und Anerkennung findet. Am liebsten wäre die Nato auch diesmal ohne UNO-Mandat aus-

gekommen. Doch die Legitimation durch den Sicherheitsrat wurde notwendig, um die russischen Truppen dem Schutzkorps integrieren zu können. So wurde aus dem Triumph der Nato letztlich ein Sieg des Rechts, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Eine neue Friedensarchitektur der UNO wäre die Lehre aus dieser Katastrophe.

Konsequenzen für die Schweiz

Mit ihrer *Neutralitätspolitik* während des Kosovokrieges erwies auch die offizielle Schweiz dem Völkerrecht keinen Dienst. Schon als die ersten Bomben fielen, hat der Bundesrat Verständnis für «das harte Vorgehen der Nato-Staaten» gezeigt. So sehr stand die Landesregierung auf der Seite der Nato, dass der damalige Aussenminister sich zierte, überhaupt noch Schutzmachtmandate in diesem Konflikt zu übernehmen. Später hat sich der Bundesrat den wirtschaftlichen Sanktionen der EU gegen Jugoslawien weitgehend angeschlossen, obschon nur der UNO die Kompetenz zukommt, solche Sanktionen gegen einen Staat zu verhängen. Die NZZ (20.5.99) vermerkte, dass sich «hinter dem etwas verwirrlichen neutralitätsrechtlichen Schleiertanz» die neue Haltung des Bundesrates abzeichne, «die Neutralität nicht strikt rechtlich auszulegen, sondern bei der Wahl der eigenen Position auch ethisch-moralische Elemente zu berücksichtigen». Wenigstens duldete der Bundesrat keine militärischen Überflüge der Schweiz ohne UNO-Mandat.

Was die offizielle Schweiz betreibt, ist eine Differenzierung der Neutralität am falschen Ort. Wo immer ein Krieg nicht als Sanktion der Völkergemeinschaft legitimiert werden kann, hat Neutralität weiterhin eine wichtige Aufgabe. Politisch eignet sie sich für die *Guten Dienste* der Vermittlung. Rechtlich verpflichtet die Neutralität den Staat, nie Partei für eine Seite zu ergreifen, die das Gewaltverbot verletzt. So wenig es eine Neutralität gegenüber der Völkergemeinschaft geben darf, wenn deren Organe Sanktionen aussprechen, so sehr ist Neutralität geboten, wenn militärische Gewalt in Missachtung des Völkerrechts geübt wird. Im Fall des Nato-Krieges hätte die Schweiz ihre *uneingeschränkte Neutralität* erklären müssen. Das wäre zwar eine – berechtigte! – Relativierung der «ethisch-moralischen» Legitimation dieses Krieges gewesen, nicht aber eine Relativierung des Völkerrechts, wie sie der Bundesrat mit seinen aussenpolitischen Pirouetten betrieben hat. Neutralität ist in einer solchen Situation *Kritik der Gewalt*. Diese Kritik hätte sogar noch viel weiter gehen dürfen als bis zum Überflugverbot für die Nato. Nachdem der Bundesrat, gestützt auf eine UNO-Resolution, schon längst ein Waffenembargo gegen Jugoslawien verhängt hatte, wäre er neutralitätsrechtlich verpflichtet gewesen, auch die Kriegsmaterialexporte in die kriegführenden Nato-Staaten zu unterbinden.

Was jetzt, am Ende des Nato-Krieges, vor allem not tut, ist die *Solidarität* mit den Opfern der «ethnischen Säuberung». Humanitäre Hilfe vor Ort ist wichtig. Nicht weniger wichtig, wenn auch weit weniger populär ist die Aufnahme von Vertriebenen, die zu un kommen, weil die Schweiz heute schon Gastland für an die 200 000 Frauen, Männer und Kinder aus Kosovo ist. Dass die Flüchtlinge bei ihren Verwandten Geborgenheit und Verarbeitung des Geschehenen suchen, das ist die vermeintliche «Attraktivität» unseres Landes, der die neue Justizministerin mit «Notrecht» den Garaus machen will.

Es gilt der *extremen Rechten* Grenzen zu setzen. Es gilt zu zeigen, dass «ethnische Säuberung» in den Köpfen jener beginnt, die mit fremdenfeindlicher Ausgrenzung Politik machen. Es gilt Gegenmodelle zu finden, die Menschen aus dem Kosovo zu ihren Familien ziehen lassen und diese nach dem Grundsatz «cash for shelter» unterstützen. Das schönste Zeichen wider die Fremdenangst hat *Bundespräsidentin Dreifuss* gesetzt, als sie von einem Blitzbesuch in Mazedonien mit 20 Flüchtlingen in die Schweiz zurückkehrte. Da waren auch wir für einen Augenblick nicht «fremd im eigenen Land».

das Tauschmittel Geld zurückzugreifen, ist weit entfernt von patriarchal vorgeschriebener «weiblicher Fügsamkeit» und ist für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft von entscheidender Bedeutung: Es ist die Politik der gelingenden Beziehungen, eine weitgehend unsichtbar gemachte sinnstiftende Politik, die, so unsere These, heute, am Ende des Patriarchats, wieder öffentlich sichtbar wird, sich aber vorerst den Kategorien herkömmlichen Politisierens entzieht. Geld ist in dieser Politik nicht unwichtig, aber zweitrangig.

Weil ich diese selbstbewusster werdende Politik täglich wahrnehme, halte ich die Verzweiflung über das Scheitern korrekter Gleichstellungspostulate nicht mehr für der Weisheit letzten Schluss – selbst wenn ich mich über die Mutterschaftsversicherung gefreut hätte.

Der Haushalt Gottes ist mitten unter uns. Wer Ohren und Augen hat, der höre und sehe.

Zeit zum Nachdenken

Vielleicht ist es aber tatsächlich noch zu früh, den von der Frauenbewegung initiierten Paradigmenwechsel in eine linke Öffentlichkeit hineinvermitteln zu wollen, die mit der Rettung des Sozialstaates und ihrer eigenen Identität vollauf beschäftigt zu sein scheint. Ich möchte deshalb an dieser Stelle eine Pause in unserem Dialog vorschlagen, was nicht bedeutet, dass ich nicht auf die Fortsetzung der Debatte später und mit breiterer Beteiligung hoffe. Bevor ich mir sommerliche Erholung von der anstrengenden Arbeit des Umdenkens gönne, noch eine Frage und ein Hinweis:

Hast Du eigentlich Hannah Arendt und die Texte der italienischen Differenzdenkerinnen gelesen? Welchen «andern Staat ich möchte», kannst Du in NW 1/1999 auf Seite 35 nachlesen. Es ist nicht der Blochersche Schrumpfstaat, aber auch nicht der «neutrale».

Herzliche Grüsse vom Berg

Ina Praetorius

1 Vgl. Ina Praetorius, Zum Jahr 2000, in: MoMa 10/98, S. 19f. und in: Norbert Sommer (Hg.), Mythos Jahrtausendwechsel, Berlin 1998, S. 115–118.

2 Der Begriff der «weiblichen Freiheit» wird seit Jahren von den italienischen Differenzdenkerinnen entfaltet. Vgl. Libreria delle donne di Milano, Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis, Berlin 1988.

3 Vgl. Ina Praetorius, Die Lehre der Unbelehrbaren, in: NW 12/1997, S. 343–349.

4 Vgl. Libreria delle donne di Milano, Das Patriarchat ist zu Ende, Rüsselsheim 1996.

Kleiner Nachtrag

Liebe Ina

Mit Deinem Vorschlag, unserem Dialog eine Pause zu gönnen, bin ich sehr einverstanden. Eine Debatte «über das feministische Politikverständnis» sollte auch sehr viel breiter geführt werden. Ich bin neugierig, inwiefern es weitere Feministinnen gibt, die den von Dir und Andrea Günter vorgeschlagenen Paradigmenwechsel nachvollziehen.

Nur einen Satz möchte ich richtigstellen: Ich sage an keiner Stelle, «unabdingbare Voraussetzung für gelingendes Leben sei die ‹gerechte› Verteilung des Geldes». Ich sage nur, dass Politik für gelingende Beziehungen nicht unmittelbar zuständig sein kann. Aufgabe der Politik ist es vielmehr, Voraussetzungen zu schaffen, die gelingende Beziehungen ermöglichen oder Hindernisse für gelingende Beziehungen wegräumen. Die Mutterschaftsversicherung wäre dafür ein gutes Beispiel (gewesen). Vielleicht sind wir uns darin sogar einig.

Und nun wünsche ich Dir viel sommerliche Erholung vom Umdenken. Ich werde die Pause gerne nutzen, um Deinen freundlichen Literaturhinweisen Folge zu leisten. *Willy Spieler*

War der Nato-Krieg vermeidbar? (NW 6/99)

War der Nato-Krieg vermeidbar? Ich fürchte, man hat in den letzten acht Jahren schon *zuviel ausprobiert*, vom blossen Zuschauen, als Panzerkolonnen die zivile Stadt Vukovar bombardierten und serbische Verbände anschliessend diejenigen massakrierten, die nicht fliehen konnten (alle Spitalinsassen), über Besorgnis und diplomatischen Druck, als Bosnien nach perfidem Muster in den Krieg gerissen wurde: 1. durch Schüsse auf eine Friedensdemonstration in Sarajewo, 2. mit wohlvorbereiteten nächtlichen Liquidierungsaktionen gegen alle Nichtserben im Raum Brcko und

3. durch einen Artilleriekrieg des Landes gegen die Städte. Dann wurden schlecht bewaffnete Friedenstruppen geschickt, die Bilder der angeketteten OSZE-Geiseln sind in schlechter Erinnerung, in noch schlechterer die niederländischen Truppen in Srebreniza als Kulisse für ein weiteres Massaker an Zivilisten, immerhin an gegen 10 000 Männern.

Der Militäreinsatz gegen das Belgrader Regime war kaum zu umgehen

Erst *Luftschläge der Nato* zwangen die serbische Seite zum Einlenken. Zwei Jahre später dasselbe Bild in Kosovo: Serbische Truppen spielen Katz und Maus mit OSZE-Beobachtern, veranstalten nächtliche Massaker an Kosovo-Zivilisten aus Spass und Provokation: Bald hätte die OSZE-Überwachung ein Bild abgegeben wie die Natotruppen in Srebreniza. Die Liquidierung und/oder Vertreibung der nichtserbischen Bevölkerung im serbischen «Stammland» gehörte zum selben Plan wie das Vorgehen 1994 um Brcko – sie wurde durch die Nato-Angriffe zwar beschleunigt, aber sie wäre so oder so unerbittlich durchgeführt worden.

Nicht im Licht der letzten paar Monate, der fahrlässigen Aktionen der UCK und von Rambouillet allein, aber im Licht der Belgrader Politik der letzten zehn Jahre, der offengelegten und ideologisch begründeten Absichten und des vielfältigen Tatbeweises für diese Absichten war ein militärisches Vorgehen gegen dieses Belgrader Regime kaum noch zu umgehen, wollte der «Westen» den Ermahnungen bezüglich *Menschenrechten und Völkerrecht* noch Nachdruck verleihen.

Dass die Nato diese Aktion *ohne den Uno-Segen* führte, bedeutet einen bedenklichen Mangel an Legitimität. Die Uno ist aber aufgrund des Vetorechts einiger Mächte blockiert: Russland hätte eine militärische Aktion anhaltend verhindert. Die Uno muss handlungsfähig werden; sie ist es jetzt aber nicht. Ich halte es für heikel, aber vertretbar, wenn die Nato jetzt in dieses Vakuum getreten ist und handelt, aber die Uno muss mit reformierten Strukturen das Heft wieder in die Hand nehmen.

Bezüglich der Durchführung der Aktion verurteile ich den Einsatz von *Streubomben,* auch z.B. die *Bombardierung des Fernsehgebäudes* in Belgrad, denke aber, dass der Angriff auf die Verkehrsinfrastruktur vertretbar war. Das Regime Milosevic, das eher eine *Günstlingswirtschaft* als eine ideologisch-fanatisch motivierte Herrschaft darstellt, war mit der Zerstörung der Profitgrundlagen zu treffen. Ob der Krieg dann kürzer oder länger dauert, darf nicht mehr entscheidend sein. Wird ein Vorgehen – hier gegen Belgrad – als legitim oder notwendig erachtet, muss das Vorgehen zum Ziel führen, auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen verheerend sind und kurzfristig in keinem Verhältnis zum angestrebten Ziel stehen. Die Signalwirkung eines solchen Vorgehens kann sehr positiv sein; die Signalwirkung des Resignierens gegen ein Regime wie das von Belgrad wäre verheerend.

Neutralistische Position?

Für nicht gerechtfertigt halte ich eine neutralistische Position zwischen Serben und Kosovari im Kosovo: Wer hier fremdbestimmt und unterdrückt und wer sehr lange geduldet und erlitten hat, ist doch offensichtlich. Bemerkenswert lange ist die Bevölkerung Kosovos dem *Gandhi-Anhänger Rugova* gefolgt. Sie hat die Bemerkung, dass die *Täter-Opfer-Frage* in dieser Region eine Frage der Macht sei, nicht verdient – auch nicht die Bevölkerung der bosnischen Städte. Die Nato hat mit dem Bombardement Hass auf sich gezogen, aber sie ist nicht Auslöserin dieses Hasses. In Abwesenheit des Westens wurde in Kroatien und Bosnien nicht weniger Hass gesät. Der Westen war vor acht Jahren nicht bereit oder fähig zur Tat: Wäre er es gewesen, ein wohlgezielter Angriff auf die Panzerkolonnen gegen Vukovar hätte vielleicht viel künftigen Hass verhindert; damals hätte man die serbische Armee noch ins Mark treffen können... (Ich wäre damals dagegen gewesen.). Natürlich wird man der gebeutelten serbischen Bevölkerung *Nothilfe* leisten müssen, dass man aber nachhaltige Aufbauhilfe an die Beseitigung Milosevics binden will, scheint vernünftig, mindestens als momentane taktische Position gegen die Belgrader Machtträger.

Ich bin für meinen Teil für das Vorgehen der Nato, weil ich es von der Sache her für legitim und notwendig halte; ich habe auch die *US-Invasion in Haiti* begrüsst, auch wenn sie nicht völkerrechtlich gestützt war. Die *sachliche Legitimation* hat für mich mehr Bedeutung erlangt als die *formale,* solange die formal zuständige Instanz nicht handeln kann. Jetzt hoffe ich, dass die Nato in Kosovo gute Arbeit leistet und die ganze Bevölkerung schützt, dass die Serben Milosevic loswerden und in sich gehen (das haben sie fast so nötig wie die Deutschen 1945), dass Europa den Aufbau mit Nachdruck unterstützt (so viel waren zerstörte Fabriken nicht wert; es steht noch vieles von der Art in Ostmitteleuropa herum, das niemand will), dass die Uno handlungsfähig gemacht wird und dass viele in dieser Welt begriffen haben, dass Krieg und ethnische Säuberungen nicht ungestraft vorbereitet und ausgelöst werden – darin sind wir uns ja einig. Ich bin sogar optimistisch.

Peter Frikart